Abhängigkeit von teurem Fracking-Gas aus den USA beenden

Drucksache **21/5571** · eingebracht 2026-04-23 — Antragsteller: **DIE LINKE**

Energie | Klimaschutz | Soziale Gerechtigkeit | Demokratie

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert den sofortigen Stopp neuer LNG-Infrastruktur, die Überprüfung bestehender Verträge mit US-LNG-Anbietern und die konsequente Umlenkung öffentlicher Gelder hin zu erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und gemeinwohlorientierter Netzinfrastruktur.

KERNFORDERUNGEN

- Keine neuen LNG-Terminals, insbesondere nicht in Vogelschutzgebieten
- Prüfung und ggf. Kündigung von Verträgen mit Venture Global
- Umlenkung aller Fördermittel weg von fossiler Infrastruktur hin zu EE/Effizienz
- Gründung einer gemeinwohlorientierten Bundesinfrastrukturgesellschaft
- Festhalten an 80% EE bis 2030 und Dekarbonisierung der Wärmeversorgung

BEWERTUNG

9.0/10 GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag setzt konsequent auf gemeinwohlorientierte Energiepolitik: Er lehnt neue fossile Infrastruktur ab (A3, B3, D3), fordert soziale Energieeffizienzmaßnahmen (D4), verlangt öffentliche Netzbeteiligung (C3, D3), und betont planetare Grenzen sowie lokale Umweltverantwortung (E3). Die Forderung nach gemeinwohlorientierter Infrastrukturgesellschaft stärkt Transparenz & Mitbestimmung (C5, D5). Einzig die fehlende explizite Verknüpfung mit Bürgerbeteiligung in der Wärmeversorgung (D5) und geringe Berücksichtigung von Lieferant:innen-Standards (A4) verhindern eine perfekte 10.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Ablehnung neuer fossiler Pfadabhängigkeiten
- Konsequente Umlenkung öffentlicher Mittel zu EE/Effizienz
- Starke Verknüpfung von Klima-, Sozial- und Souveränitätspolitik
- Rechtliche Prüfung von Verträgen mit riskanten LNG-Anbietern

Schwächen

- Keine konkrete Bürgerbeteiligung in Wärmeplanung
- Unklare Finanzierungsoptionen für den Netzausbau
- Keine Berücksichtigung von Industrie-Transformationsschritten

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	++	·	·
B · FINANZEN	·	·	++	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	++	·	·
D · BÜRGER:INNEN	·	·	++	++	+
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	++	++	·

++ stark fördernd · + fördernd · ○ neutral · - widersprechend · -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

B3 **Ökologische Nachhaltigkeit bei Haushaltsmitteln** Bewertung: +5

Umlenkung öffentlicher Mittel weg von fossiler Infrastruktur hin zu EE/Effizienz

D3 **Ökologische Nachhaltigkeit bei Bürger:innen/Wirtschaft** Bewertung: +5

Klimaneutrale Wärmeversorgung, 80% EE bis 2030, Netzumbau

E3 **Ökologische Nachhaltigkeit bei Staat/Gesellschaft/Natur** Bewertung: +5

Kritik an globalen Methanemissionen, planetaren Grenzen, geopolitischen Folgen

A3 **Ökologische Nachhaltigkeit bei Beschaffung** Bewertung: +4

Verbot neuer LNG-Infrastruktur & Kritik an Fracking-Lieferketten

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 1/10

Der Antrag widerspricht zentralen CDU-Positionen: Er lehnt Kernenergie nicht ausdrücklich ab, aber kritisiert systematisch alle fossilen Alternativen – während die CDU explizit 'Option Kernenergie' und 'technologieoffene Energieforschung' (inkl. SMR/Fusion) befürwortet und LNG als Übergangslösung akzeptiert. Kein Bezug zu CDU-Wahlprogramm 2025 S. 21–23.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 1/10

Widerspricht dem CDU-Grundsatzprogramm 2024, das 'Gaskraftwerke zur langfristigen Speicherung der Erneuerbaren' und 'Kernenergie der vierten Generation' ausdrücklich als notwendig einstuft (S. 64, 66).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CSU

WAHLPROGRAMM 1/10

Identisch mit CDU: Der Antrag lehnt systematisch die CSU-Forderung nach 'Option Kernenergie', 'Small Modular Reactors' und technologieoffener LNG-Nutzung ab. Kein Bezug zu CSU-Wahlprogramm 2025 S. 21–23.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 1/10

Widerspricht dem CSU-Grundsatzprogramm (identisch mit CDU 2024), das LNG und Kernenergie als unverzichtbare Brückentechnologien begreift.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 2/10

Teilweise Überschneidung bei Kritik an US-Abhängigkeit, aber fundamentaler Widerspruch: AfD befürwortet explizit 'Kernkraft', 'Kohle behalten' und ist gegen 'Windkraft'; der Antrag fordert dagegen konsequent Ausbau Erneuerbarer und lehnt jede neue fossile Infrastruktur ab. Kein Bezug zu AfD-Wahlprogramm 2022.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 2/10

AfD-Grundsatzprogramm 2016 fordert 'gegen Energiewende', 'für Kernkraft und Kohle' – direkter Gegensatz zum Antrag.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 7/10

Hohe Übereinstimmung mit SPD-Regierungsprogramm 2025: Klimaziele (S. 33), 80% EE bis 2030 (S. 34), Netzausbau (S. 7), soziale Energieeffizienz (S. 34), Ablehnung neuer fossiler Abhängigkeit. Unterschied: SPD erwähnt LNG nicht explizit, aber betont 'Windkraft und Fotovoltaik sind schon heute die günstigste Form der Stromproduktion' und 'konsequenter Ausbau'.

> „Windkraft und Fotovoltaik sind schon heute die günstigste Form der Stromproduktion. Ihr konsequenter Ausbau und die Einbindung von Speichern macht u..."
> SPD Regierungsprogramm Bundestagswahl 2025, S. 34

PARTEIPROGRAMM 5/10

Teilweise Übereinstimmung mit Hamburger Programm (2007): Klimaschutz als Grundwert (S. 50), Ablehnung Atomkraft (S. 50), ökologische Verantwortung. Aber kein Bezug zu LNG/US-Fracking – Thematik nicht im Grundsatzprogramm enthalten.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM 9/10

Vollständige Übereinstimmung: Grüne NRW 2022 fordern 'Klimaneutralität deutlich vor 2040', 'Kohleausstieg 2030', '100% Erneuerbare', 'Solarpflicht', 'Fahrradland' – alles kompatibel mit dem Antrag. Auch die Kritik an Fracking und LNG entspricht grüner Kernposition. Kein Widerspruch.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 8/10

Grundsatzprogramm 2020 betont 'planetare Grenzen', 'Klimaschutz als Menschheitsaufgabe', 'sozial-ökologische Transformation'. Der Antrag konkretisiert dies exakt – nur fehlt die explizite Verknüpfung mit 'Demokratie' und 'Bürger:innenräten' (S. 32–33).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 10/10

Der Antrag ist wörtlich aus dem Wahlprogramm 2025 übernommen: Kritik an LNG-Importen, Fracking, Übergewinnen (Q1, Q2, Q4), Forderung nach 'keinen neuen Gaskraftwerken', 'keiner neuen LNG-Infrastruktur', 'sozialem Klimage' und 'dezentraler Energiewende' (Q5).

> „▪Keine Dauerstrukturen für Übergangslösungen! Für Flüssiggas und Erdgas darf keine neue dauerhafte Infrastruktur geschaffen werden. Wir fordern ein Fracking- Verbot in Deutschland."
> DIE LINKE Wahlprogramm Bundestagswahl 2025, S. 34

> „dezentral wie möglich und so zentral wie nötig organisieren. Wir setzen deshalb auf Strom und Wärme aus dem Stadtwerk, aus den kommunalen genossenschaftlichen Solar- oder Windkraftanlagen und von den Dächern und Wärmepumpen der Bürger*innen."
> DIE LINKE Wahlprogramm Bundestagswahl 2025, S. 32

PARTEIPROGRAMM 10/10

Vollständige Übereinstimmung mit Erfurter Programm 2011: Ablehnung 'Erweiterung Autobahnnetz' (Q6), Kritik an 'kurzfristigem Profitkalkül' (Q7), Forderung nach 'sozial-ökologischem Umbau' (Q8), Ablehnung 'Biomasse aus Raubbau' (Q9), Umlenkung von Forschungsmitteln zu EE (Q10).

> „Die Erweiterung des Autobahn- und Straßennetzes lehnen wir ab. Wir sprechen uns für ein allgemeines Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen aus."
> DIE LINKE Erfurter Programm 2011, S. 49

> „Wir wollen sämtliche Politikbereiche am sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft orientieren."
> DIE LINKE Erfurter Programm 2011, S. 46

BSW

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

1/10

Fundamentaler Widerspruch: FDP NRW 2022 fordert 'Technologieoffenheit', 'Emissionshandel', 'keine Verbote' und 'Entlastung der Wirtschaft'. Der Antrag lehnt LNG-Infrastruktur ab, kritisiert Marktlösungen und fordert staatliche Lenkung – alles entgegen FDP-Grundsätzen.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

FDP-Grundsatzprogramm 2012 betont 'individuelle Freiheit', 'freie Marktwirtschaft', 'Eigenverantwortung'. Der Antrag fordert staatliche Intervention, Planung und Infrastrukturverstaatlichung – klarer Widerspruch.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: den weiteren Betrieb und die Laufzeit existierender LNG-Terminals (FSRUS) grundlegend zu überprüfen und den Bau des zusätzlichen landseitigen LNG-Importterminals im EU-Vogelschutzgebiet in Wilhelmshaven nicht zuzulassen;

den weiteren Betrieb und die Laufzeit existierender LNG-Terminals (FSRUS) grundlegend zu überprüfen und deren schrittweisen Rückbau bis 2030 einzuleiten, sowie den Bau des zusätzlichen landseitigen LNG-Importterminals im EU-Vogelschutzgebiet in Wilhelmshaven unter Berücksichtigung der EU-Habitat-Richtlinie und unter Einbeziehung lokaler Bürger:innenräte nicht zuzulassen;

Begründung: Stärkt Rechtsstaatsprinzip (D1), Ökologische Nachhaltigkeit (D3/E3) und Transparenz & Mitbestimmung (D5)

Vorschlag 2 von 3

Original: die Verwendung der Mittel aus dem Bundeshaushalt, dem Klima- und Transformationsfond sowie dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität vorrangig auf sozial ausgerichtete Energieeffizienzmaßnahmen und den Ausbau erneuerbarer Energien und Stromnetze auszurichten

die Verwendung der Mittel aus dem Bundeshaushalt, dem Klima- und Transformationsfond sowie dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität vor allem für einkommensschwache Haushalte, soziale Wohnungsbaugesellschaften und kommunale Wärmenetze auf sozial ausgerichtete Energieeffizienzmaßnahmen und den Ausbau erneuerbarer Energien und Stromnetze auszurichten

Begründung: Verstärkt Soziale Gerechtigkeit (D4) und Solidarität (D2) durch klare Verteilungsorientierung

Vorschlag 3 von 3

Original: eine gemeinwohlorientierte Infrastrukturgesellschaft des Bundes zu gründen und die Überführung der Übertragungsnetze in öffentliche Hand vorzubereiten

eine gemeinwohlorientierte Infrastrukturgesellschaft des Bundes zu gründen, die sich an der Gemeinwohl-Ökonomie-Matrix 2.0 orientiert und jährlich einen Gemeinwohl-Bericht veröffentlicht, sowie die Überführung der Übertragungsnetze in öffentliche Hand vorzubereiten

Begründung: Verankert Transparenz & Mitbestimmung (C5/D5) und macht Gemeinwohl-Orientierung operational messbar

Original-Antrag

Drucksache 21/5571

Abhängigkeit von teurem Fracking-Gas aus den USA beenden

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Deutscher Bundestag **Drucksache 21/5571**

21. Wahlperiode 23.04.2026

Antrag

der Abgeordneten Lorenz Gösta Beutin, Jörg Cezanne, Luigi Pantisano, Marcel Bauer, Violetta Bock, Jorrit Bosch, Janina Böttger, Dr. Fabian Fahl, Katalin Gennburg, Christian Görke, Mareike Hermeier, Cem Ince, Ina Latendorf, Caren Lay, Tamara Mazzi, Sahra Mirow, David Schliesing, Lisa Schubert, Sascha Wagner, Janine Wissler, Anne Zerr und der Fraktion Die Linke

Abhängigkeit von teurem Fracking-Gas aus den USA beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die durch den völkerrechtswidrigen Angriff der USA und Israel auf den Iran ausgelöste Schließung der Straße von Hormus hat eine Energiepreiskrise mit extremen Preissprüngen auf den internationalen Öl- und Gasmärkten ausgelöst (https://background.tagesspiegel.de/energie-und-klima/briefing/angriff-auf-iran-sorgt-fuer-preisschock-bei-oel-und-gas). Hier zeigt sich erneut, wie stark Europas fossile Energieversorgung von geopolitischen Konflikten, unsicheren Handelsrouten und globalen Märkten abhängt.

Nach dem weitgehenden Ende der Gasimporte aus Russland hätte die Möglichkeit bestanden, diese strukturelle Verwundbarkeit durch den umfangreichen Zu- und Ausbau erneuerbarer Energien und des Stromnetzes sowie der Einführung höherer Standards der Energieeffizienz zu verringern. Stattdessen verschiebt sich die fossile Abhängigkeit lediglich. Die EU und insbesondere Deutschland orientieren ihre Gasversorgung zunehmend auf Flüssigerdgas-Importe (Liquefied Natural Gas – LNG) aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Analysen gehen davon aus, dass ein Großteil der europäischen LNG-Importe bis 2030 aus den USA stammen könnte (https://ieefa.org/resources/eu-risks-new-energy-dependence-us-could-supply-80-its-lng-imports-2030). Damit entsteht faktisch eine neue energiepolitische Abhängigkeit, diesmal von US-amerikanischem, durch Fracking gewonnenem Flüssigerdgas. Um den USA im Zollstreit entgegenzukommen, erklärte sich die Europäische Union bereit, von den USA in den kommenden drei Jahren Energie im Wert von 750 Milliarden US-Dollar zu kaufen.

Ökonomisch ist dieser Kurs fatal. Flüssigerdgas gehört bereits heute zu den teuersten fossilen Energieformen. Die Kosten entstehen nicht nur bei der Förderung, sondern vor allem durch die energieintensiven Prozessschritte der Verflüssigung, den Transport über den Atlantik und die anschließende Wiederverdampfung in europäischen Terminals. Gleichzeitig erzielen US-LNG-Exportkonzerne wie Venture Global, welcher Lieferverträge mit der deutschen SEFE (Securing Energy for Europe) und EnBW (Energie Baden-Württemberg AG) hat, in der aktuellen Markt- und Krisenlage hohe

Übergewinne. Die Menschen in den Importländern tragen derweil die steigenden Energiepreise (www.forbes.com/sites/christopherhelman/2026/03/09/the-american-lng-billionaires-set-to-cash-in-on-war-with-iran/).

Hinzu kommt, dass der Großteil der US-LNG-Exporte auf Fracking basiert. Diese Fördermethode verursacht hohe Methanemissionen entlang der Förder- und Transportkette, verbraucht große Mengen Wasser und führt in den Förderregionen zu erheblichen lokalen Umweltbelastungen. Die zunehmende Ausrichtung der europäischen Energieversorgung auf dieses Flüssigerdgas bedeutet daher nicht nur eine neue geopolitische Abhängigkeit, sondern katastrophale ökologische Folgeschäden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die bestehenden Lieferverträge zwischen der SEFE sowie EnBW und Venture Global LNG einer umfassenden Überprüfung zu unterziehen, dabei insbesondere die Zuverlässigkeit der vertraglichen Lieferbeziehungen sowie mögliche wirtschaftliche und energiepolitische Risiken zu bewerten und eine Kündigung durch die Staatsfirma SEFE rechtlich zu prüfen;
2. den weiteren Betrieb und die Laufzeit existierender LNG-Terminals (FSRUS) grundlegend zu überprüfen und den Bau des zusätzlichen landseitigen LNG-Importterminals im EU-Vogelschutzgebiet in Wilhelmshaven nicht zuzulassen;
3. die Verwendung der Mittel aus dem Bundeshaushalt, dem Klima- und Transformationsfond sowie dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität vorrangig auf sozial ausgerichtete Energieeffizienzmaßnahmen und den Ausbau erneuerbarer Energien und Stromnetze auszurichten und den Einsatz solcher Mittel für fossile LNG-Infrastrukturprojekte zu beenden;
4. solange die Bundesrepublik Deutschland noch abhängig von LNG-Einfuhren ist, hohe Umwelt- und Sozialstandards entlang der Lieferkette zu etablieren und kontinuierlich zu erhöhen;
5. die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung konsequent voranzutreiben, im Einklang mit dem nationalen Klimaschutzrecht sowie den europäischen Verpflichtungen aus der Effort Sharing Regulation, und an den Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes, insbesondere an § 71, festzuhalten;
6. an dem im Erneuerbare-Energien-Gesetz verankerten Ziel festzuhalten, bis zum Jahr 2030 einen Anteil erneuerbarer Energien von 80 Prozent am Bruttostromverbrauch zu erreichen, ausgehend von einem Referenzszenario, in dem die zusätzliche Elektrifizierung des Primärenergieverbrauchs zu einem Gesamtstromverbrauch von 750 Terawattstunden jährlich beiträgt;
7. den zügigen Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze im Einklang mit dem Ausbau erneuerbarer Energien sowie einen Gesetzentwurf voranzubringen, um eine gemeinwohlorientierte Infrastrukturgesellschaft des Bundes zu gründen und die Überführung der Übertragungsnetze in öffentliche Hand vorzubereiten.

Berlin, den 21. April 2026

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Fraktion

Begründung

Deutschland und Europa machen ihre Energiesysteme zunehmend von US-amerikanischem Flüssigerdgas abhängig, mit entsprechenden geopolitischen Folgen.

Das Unternehmen Venture Global spielt hier eine zentrale Rolle. Letztes Jahr verkaufte Venture Global an die EU doppelt so viel LNG wie Qatar (https://blog.datadesk.eco/p/europes-new-us-lng-dependency). Der überwiegende Anteil der LNG-Cargos an die deutschen LNG-Importstandorte (im Zeitraum Januar 2023–Februar 2026) wurde ebenfalls von Venture Global aus den Exportstandorten Calcasieu Pass und Plaquemines geliefert (www.kpler.com/). Das Unternehmen hat Langfristverträge mit dem deutschen Staatsunternehmen SEFE und dem im Ko-Besitz des Landes Baden-Württemberg befindlichen Unternehmens EnBW (Energie Baden-Württemberg AG) (www.offshore-energy.biz/venture-global-secures-top-spot-in-germanys-lng-market-with-expanded-sefe-deal/). Dabei steht aber die Zuverlässigkeit von Venture Global mehrfach auf dem juristischen Prüfstand. Die Firma wird von mehreren Öl- und Gas-Schwergewichten wie BP, Shell und Repsol wegen Verletzung der Vertragspflichten verklagt. BP hat letztes Jahr mindestens 1 Milliarde US-Dollar in privatrechtlichen Schiedsgerichtsverfahren zugesprochen bekommen (https://intelligence.eklipx.io/article/3374). Andere Klagen sind noch anhängig (www.reuters.com/sustainability/sustainable-finance-reporting/bp-seeks-award-least-37-billion-venture-global-arbitration-win-venture-global-2026-03-06/).

Trotz der Öko- und Klimarisiken durch LNG fließen erhebliche öffentliche Mittel in den Ausbau der LNG-Infrastruktur (www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Energiewende/LNG/LNG_Imports_from_the_US__Report__englisch_.pdf, S. 12). Neue Importterminals, Pipelineanbindungen und langfristige Lieferverträge schaffen Investitionsstrukturen, die die Abhängigkeit von Importen fossiler Energieträger für Jahrzehnte verankern. Damit werden Pfadabhängigkeiten aufgebaut, die nur schwer rückgängig zu machen sind. Im Falle der (gebotenen) Abkehr von LNG drohen Schadensersatzklagen auf entgangene Gewinne, wie wir es beim Atom- und Kohleausstieg bereits erlebt haben.

Diese Entwicklung verhindert nicht nur eine wirtschaftliche Entwicklung innerhalb planetarer Grenzen, sondern konterkariert auch das Ziel, die Energieversorgung Europas langfristig resilienter und unabhängiger zu machen. Jeder Euro, der in neue fossile Infrastruktur investiert wird, steht nicht für den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien und der Ausweitung von Energieeffizienzmaßnahmen zur Verfügung. Der Import fossiler Energieträge, in der Hauptsache Erdöl und Erdgas, kostet Deutschland jährlich rund 81 Milliarden Euro (www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/News-Details_847360.html).

Dabei liegen die strukturellen Vorteile erneuerbarer Energien auf der Hand. Sie schützen das Klima, reduzieren Importabhängigkeiten und sorgen für niedrigere Energiepreise. Eine Energiepolitik, die auf den Ausbau erneuerbarer Energien setzt, stärkt daher nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die energiepolitische Unabhängigkeit.

Vor diesem Hintergrund wirkt es kurzsichtig, die aktuelle Krise vor allem als Begründung für neue fossile Importprojekte zu nutzen oder gar neue Erdgasfelder wie jetzt vor der Nordseeinsel Borkum auszubeuten. Statt weitere langfristige Bindungen an fossile Energieträger insbesondere US-Fracking-LNG zu schaffen, muss die politische Priorität darin liegen, den Ausbau erneuerbarer Energien deutlich zu beschleunigen und damit die strukturellen Ursachen der wiederkehrenden Energiepreiskrisen anzugehen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333